

EURO-LETTER

Der Euro-Letter wird von der **ILGA-Europa** – Der Europäische Regionalverband des Internationalen Lesben- und Schwulenverbands - [ILGA-Europe - the European Region of the International Lesbian and Gay Association] mit Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft – Die Europäische Union gegen Diskriminierung – veröffentlicht.

Herausgeber: Juris Lavrikovs * **Kontakt:** euroletter@ilga-europe.org

Euro-Letter [auf Englisch] abonnieren:

Senden Sie bitte einfach eine Mitteilung ohne Text an: euroletter-subscribe@yahoogroups.com

Bisherige Ausgaben: Alle vorangegangenen Euro-Letter in englischer Sprache, als auch die deutschen und portugiesischen Übersetzungen von Nr. 76 Januar 2000 und griechische Übersetzungen von Nr. 127 Januar 2006 an, sind im pdf-Format auf unserer Website abrufbar: www.ilga-europe.org/europe/publications/euro_letter

Die ILGA-Europa dankt der Lesbian and Gay Liberation Front e.V. für die deutschen Übersetzungen des Euro-Letter, die auch auf ihrer Website abrufbar sind: <http://www.lgjf.de>, Miguel Freitas für die portugiesischen und Pantelis Ravdas für die griechischen Übersetzungen.

Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen geben nicht unbedingt die Position oder die Meinung der Europäischen Kommission wieder.

In dieser Ausgabe

ILGA-EUROPA

- **ILGA-EUROPA BEGRÜSST EU-GRUNDRECHTECHARTA – DER ERSTE INTERNATIONALE VERTRAG MIT EINEM VERBOT DER DISKRIMINIERUNG SEXUELLER ORIENTIERUNG**
- **ILGA-EUROPA UND IGLYO ANTWORTEN AUF SCHULKONSULTATION DER KOMMISSION**
- **PRÄSIDENT VON ESTLAND EMPFÄNGT LISETTE KAMPUS, MITGLIED DES VORSTANDS DER ILGA-EUROPA**

EUROPA

- **2007 – DAS EUROPÄISCHE JAHR DER CHANGENGLEICHHEIT FÜR ALLE GEHT ZU ENDE**
- **UNGARN VERABSCHIEDET PARTNERSCHAFTSGESETZGEBUNG**

VERBRECHEN AUS HASS

- **ABGEORDNETE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS FORDERN EINSTELLUNG ÖFFENTLICHER FINANZIERUNG EXTREMER POLITISCHER GRUPPIERUNGEN**
- **OSZE: EUROPÄISCHE REGIERUNGEN MÜSSEN VERBRECHEN AUS HASS WIRKSAMER BEKÄMPFEN**

SCHWARZES BRETT

- **STELLENAUSSCHREIBUNG BEI SOLIDAR – KOMMUNIKATIONSMITARBEITER/IN**

Quelle: www.ilga-europe.org/europe/publications/euro_letter * Anmerkungen des Übersetzers in eckigen Klammern * In Texten verwendete und nicht erläuterte Abkürzungen: LGBTIQ - Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender [Menschen mit Geschlechtsrollen übergreifender Identität], Intersexuelle, Queer (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, intersexuell, queer), EG – Europäische Gemeinschaft(en), EU - Europäische Union, NGO - nichtstaatliche Organisation * Angabe von Links ohne Hinweis in eckigen Klammern beziehen sich auf Webseiten in englischer Sprache.

Das Team der ILGA-Europa wünscht allen Lesern/innen des Euro-Letter ein wundervolles Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2008!

ILGA-EUROPA

ILGA-EUROPA BEGRÜSST EU-GRUNDRECHTECHARTA – DER ERSTE INTERNATIONALE VERTRAG MIT EINEM VERBOT DER DISKRIMINIERUNG SEXUELLER ORIENTIERUNG

ILGA-Europa-Medienmitteilung, 10. Dezember 2007

Die Staatsoberhäupter der EU-Mitgliedstaaten versammelten sich am 13. Dezember in Lissabon zur Unterzeichnung des Reformvertrags. Er enthält die Charta der Grundrechte. Sie ist der erste internationale Vertrag, in dem die Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung ausdrücklich verboten wird.

Dem Reformvertrag hatten die Staatsoberhäupter Mitte des Jahres in Lissabon zugestimmt. Er ersetzt den Vorschlag einer Verfassung für Europa, die in Referenden in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt wurde und eventuell von der EU aufgegeben worden wäre.

Die ILGA-Europa begrüßt die bedeutende Entwicklung, die die Unterzeichnung des Reformvertrags in der EU-Gesetzgebung nach sich ziehen wird, sowie die Auswirkungen, die er für das Voranbringen der Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen in Europa haben könnte. Die Charta ist das erste EU-Dokument, in dem die gesamte Palette an bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten zusammengestellt wird, die in einer Reihe internationaler Verträge verankert sind. Zweifelsohne wird die Charta, die nach der Ratifizierung durch alle EU-Mitgliedstaaten 2009 in Kraft tritt, LGBT eine neue Gelegenheit bieten, Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung anzuprangern und zu bekämpfen und wir freuen uns darauf, wie der Europäische Gerichtshof die Charta auslegen wird.

Patricia Prendiville, Geschäftsführerin der ILGA-Europa, erklärte:

"Während wir den ersten internationalen Vertrag mit dem ausdrücklichen Verbot der Diskriminierung sexueller Orientierung begrüßen, sind wir von den Entscheidungen der Regierungen des Vereinigten Königreichs und Polens enttäuscht, sich der Pflicht zu entziehen, durch die Ratifizierung der Charta ihre Bürger/innen mit den gleichen Rechten wie die übrigen EU-Bürger/innen zu versorgen. Während die Gründe für die Nichtratifizierung in beiden Staaten unterschiedlich sind, sind wir der Meinung, dass der Mangel an Einigkeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten die Wirksamkeit und Autorität dieses bedeutenden Dokuments schwächt."

ILGA-EUROPA UND IGLYO ANTWORTEN AUF SCHULKONSULTATION DER KOMMISSION

Von ILGA-Europa

Die ILGA-Europa und IGLYO¹⁾ haben einen schriftlichen Beitrag als Antwort auf die Konsultation der Europäischen Kommission "Schulen für das 21. Jahrhundert" eingereicht. In diesem Beitrag werden die Diskriminierungsprobleme herausgestellt, denen LGBT-Schüler/innen in Europa immer noch ausgesetzt sind. Außerdem wird benannt, was Schulen tun könnten und sollten, um Gleichstellung zu fördern und auf kulturelle Vielfalt zu reagieren, zu frühe Schulabgänge zu reduzieren und junge Menschen darauf vorzubereiten, verantwortliche Bürger/innen zu sein und zwar in Übereinstimmung mit grundlegenden Werten wie Frieden und Toleranz von Vielfalt.

Der gesamte Text dieses Beitrags ist auf unserer Website verfügbar unter: www.ilga-europe.org

¹⁾ Internationale Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen- und Transgender-Jugendorganisation

PRÄSIDENT VON ESTLAND EMPFÄNGT LISETTE KAMPUS, MITGLIED DES VORSTANDS DER ILGA-EUROPA

Von Juris Lavrikovs, Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit der ILGA-Europa

Lisette Kampus, Mitglied des Vorstands der ILGA-Europa aus Estland, wurde am 09. Dezember 2007 zu einer Veranstaltung eingeladen, in der wertvolle Beiträge von Ehrenamtler/innen zur Entwicklung der estnischen Gesellschaft anerkannt und gefeiert wurden. Während der Veranstaltung begrüßte der Präsident von Estland die Ehrenamtler/innen, darunter Lisette Kampus. Lisette ist eine der führenden LGBT-Aktivistinnen in Estland.

"Die estnische Nation muss Vorbildern folgen. Und diesen Vorbildern wird gefolgt", erklärte Präsident Toomas Hendrik Ilves. "Ehrenamtliches Engagement verbreitet sich weiterhin in Estland. Das ist eine Voraussetzung und ein Zeichen einer starken Gesellschaft." "Ich wünsche mir, dass wir mitfühlend und aufmerksam sind. Das fängt schon mit einem täglichen freundlichen Lächeln an und einem unvoreingenommenen Blick auf unsere Mitstreiter/innen" fügte der Präsident hinzu.

Unsere Glückwünsche für Lisette!

EUROPA

2007 – DAS EUROPÄISCHE JAHR DER CHANCENGLEICHHEIT FÜR ALLE GEHT ZU ENDE

Von Juris Lavrikovs, Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit der ILGA-Europa

Das Europäische Jahr 2007 der Chancengleichheit für alle geht zu Ende. Die ILGA-Europa und ihre Mitglieder in der Europäischen Union waren bei den Aktivitäten des Jahres sehr engagiert. Während das Jahr viele Beispiele noch immer existierender Vorurteile und Diskriminierung gegenüber LGBT in Europa herausstellte und ans Licht brachte, gab es bedeutende Fortschritte hinsichtlich der Wahrnehmung und der gestiegenen Aufmerksamkeit von Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und der Geschlechtsidentität.

Der Rat der Europäischen Union verabschiedete am 06. Dezember 2007 eine Resolution, in der er die Existenz von Diskriminierung und die Notwendigkeit des Ausbaus der Gesetzgebung zur Gleichstellung und zum Mainstreaming der Chancengleichheit anerkennt. Der Rat verurteilte standfest alle Formen der Homophobie und forderte mehr Überwachung und Forschung, insbesondere durch die EU-Menschenrechtsagentur zu dem Thema.

Diese Resolution ist verfügbar unter:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/07/st15/st15383.en07.pdf>

Wir sammeln zur Zeit Stellungnahmen unserer Mitglieder zu ihren Erfahrungen mit diesem Jahr. Sie werden 2008 in der Abteilung zum Europäischen Jahr auf unserer Website veröffentlicht:

www.ilga-europe.org/europe/campaigns_projects/2007_european_year_of_equal_opportunities

UNGARN VERABSCHIEDET PARTNERSCHAFTSGESETZGEBUNG

Quelle: Pink News, 18. Dezember 2007, www.pinknews.co.uk/news/articles/2005-6361.html

Das Parlament Ungarns hat ein Gesetz zur eingetragenen Partnerschaft verabschiedet. Vom 01. Januar 2009 an werden lesbische und schwule Paare fast die gleichen Rechte wie verheiratete heterosexuelle Paare haben.

Wichtige Ausnahmen sind die Rechte auf Adoption, Zugang zu künstlicher Befruchtung und die Übernahme des Nachnamens des/r Partners/in.

Das Gesetz zur eingetragenen Partnerschaft wurde mit den Stimmen der Mitglieder der von den Sozialisten geführten sozialliberalen Regierung beschlossen. Sowohl schwule als auch heterosexuelle Paare können ihre Partnerschaft eintragen lassen und werden Schutz hinsichtlich ihrer Blutsverwandtschaft, Besteuerung, Gesundheitsversorgung, sozialen Sicherheit, Renten und ihres gemeinsamen Wohnungsbesitzes genießen.

Regierungsstatistiken zeigen, dass 2005 schätzungsweise 349.000 unverheiratete Paare in Ungarn lebten. Das sind 12,2 % aller Familien, im Vergleich zu 62.000 im Jahr 1970. Das waren 2,1 % aller Familien.

Ungarns konservative Oppositionsparteien verweigerten ihre Unterstützung für das neue Gesetz, das sie als einen "versteckten Versuch" ansehen, die schwule Eheschließung zu legalisieren.

Die ungarischen Schwulen- und Lesbenverbände haben das neue Gesetz als Meilenstein begrüßt, obwohl es nicht die vollständige Gleichstellung gewähre.

ABGEORDNETE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS FORDERN EINSTELLUNG ÖFFENTLICHER FINANZIERUNG EXTREMER POLITISCHER GRUPPIERUNGEN

Quelle: Medienmitteilung des Europäischen Parlaments, 13. Dezember 2007

Das Europäische Parlament forderte heute in Straßburg, die öffentliche Finanzierung von politischen Parteien – oder Medienunternehmen – einzustellen, die zum Hass gegenüber einer Bevölkerungsgruppe aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, Religion, Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder Staatsangehörigkeit aufhetzen. Das Parlament betonte außerdem, dass solche Hetzreden, die von öffentlichen Persönlichkeiten stammen, als erschwerender Begleitumstand betrachtet werden sollten.

Das Europäische Parlament verabschiedete heute eine Resolution, um seine Besorgnis über die Tatsache zum Ausdruck zu bringen, dass in mehreren europäischen Staaten kürzlich Gewalttaten und Tötungen aus Hass stattgefunden haben. In dem Text, der mit 527 gegen 15 Stimmen, bei 39 Enthaltungen, verabschiedet wurde, wird dazu aufgefordert, die öffentliche Finanzierung von "politischen Parteien, die Gewalt und Terrorismus nicht verurteilen und die Menschenrechte nicht vertreten, die in der Grundrechtecharta – gestern im Plenum von den drei EU-Institutionen formell unterzeichnet - aufgeführt sind, sowie von Medien, die rassistische, fremdenfeindliche und homosexuellenfeindliche Ideen fördern, einzustellen. Das Parlament erklärte außerdem, "ernsthaft über die Rekrutierung durch islamische Fundamentalisten in Europa alarmiert zu sein".

Abgeordnete betonten, dass öffentliche Persönlichkeiten "keine Stellungnahmen abgeben sollten, die zu Hass oder Stigmatisierung von Bevölkerungsgruppen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Religion, einer Behinderung, sexueller Orientierung oder Staatsangehörigkeit ermutigen oder aufhetzen" und waren der Meinung, dass es als ein erschwerender Begleitumstand betrachtet werden sollte, wenn eine öffentliche Persönlichkeit zum Hass aufhetzt. Darüber hinaus warnen die Abgeordneten in einem mit 450 gegen 93 Stimmen, bei 30 Enthaltungen, gebilligten Änderungsantrag in Hinblick auf die Europawahlen 2009 "vor der Möglichkeit, dass extremistische Parteien ihre Vertretung im Europäischen Parlament zementieren könnten und fordern die politischen Gruppierungen auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass eine demokratische Institution nicht als Plattform für die Finanzierung und Verbreitung antidemokratischer Botschaften missbraucht wird.

In der Resolution werden die Eu-Institutionen aufgefordert, der EU-Agentur für Grundrechte den klaren Auftrag zu geben, die Strukturen extremistischer Gruppen zu untersuchen. Außerdem werden die Regierungen aufgefordert, mit angemessenen Präventivmaßnahmen "hinsichtlich der Ausbildung von Jugendlichen, öffentlicher Informationen und Belehrung gegen Totalitarismus" zu reagieren sowie die Erinnerung an die europäische Geschichte lebendig zu halten.

Abgeordnete brachten auch ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, wie die Existenz öffentlicher und leicht zugänglicher Webseiten, auf denen zum Hass aufgehetzt wird, bekämpft werden könnte, ohne die Ausdrucksfreiheit zu verletzen.

Die Resolution, in der keine konkreten Beispiele extremistischer Gruppierungen oder Vereinigungen in Europa benannt werden, bezieht in diese Kategorie Neo-Nazis, Neo-Faschisten und alle "Bewegungen, paramilitärischen Gruppen und Parteien" ein, die ihre Ideologie auf "Rassismus, Intoleranz, Aufhetzung zum religiösen Hass, Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Ablehnung von Roma und Sinti, Homosexuellenfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit und Ultrationalismus gründen. Unter den am meisten verwundbaren Gruppen werden "Migranten/innen, Roma, Homosexuelle, Antirassismusaktivisten/innen und Obdachlose" aufgeführt.

Am 29. November verabschiedete das Parlament außerdem einen Konsultationsbericht, um ein zukünftiges EU-Gesetz zu verschärfen, mit dem bestimmte Formen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bekämpft werden sollen, einschließlich der Einführung von Strafen – von einem Jahr bis drei Jahre Gefängnis – für jede öffentliche Aufhetzung zu Gewalt oder Hass, sogar durch Verbreitung von Traktaten, Bildern oder anderem Material. Der Gesetzestext – ein erstes europäisches Gesetz dieser Art, das noch von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden muss - sieht außerdem eine Bestrafung für die Leugnung oder Verharmlosung von Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen vor.

Der vollständige Text der Resolution ist verfügbar auf unserer Website:

www.ilga-europe.org

OSZE:

EUROPÄISCHE REGIERUNGEN MÜSSEN VERBRECHEN AUS HASS WIRKSAMER BEKÄMPFEN

Quelle: Medienmitteilung von Human Rights First, 17. Dezember 2007

Eine Mehrheit europäischer Regierungen schneidet bei ihren Anstrengungen eher schlecht ab, gewalttätige Verbrechen aus Hass zu bekämpfen. Das ist das Ergebnis des Berichts im Jahr 2007 über Verbrechen aus Hass von Human Rights First, der heute auf einem Treffen der OSZE in Tel Aviv vorgestellt wurde. In dieser neuen Studie werden sowohl Überwachungs- und Berichterstattungssysteme als auch die Strafverfolgung von Verbrechen aus Hass in den 56 Mitgliedstaaten der OSZE überprüft – von der russischen Föderation und den zentralasiatischen Staaten über Westeuropa bis hin zu den Vereinigten Staaten und Kanada.

Der Bericht ist eine Fortsetzung der Übersicht über Verbrechen aus Hass von Human Rights First 2007, in dem der beunruhigende Anstieg von Verbrechen aus Hass überall in der OSZE-Region dokumentiert wurde. Der heute veröffentlichte Bericht überprüft Regierungsanstrengungen zur Bekämpfung dieser gewalttätigen Verbrechen aus Hass.

Den vollständigen Text dieser Medienmitteilung und den Link zu dem Bericht finden Sie auf unserer Website unter:

http://www.ilga-europe.org/europe/news/osce_european_governments_must_do_more_to_tackle_hate_crimes

STELLENAUSSCHREIBUNG BEI SOLIDAR – KOMMUNIKATIONSMITARBEITER/IN

Quelle: Solidar, 19. Dezember 2007

Solidar¹⁾ ist auf der Suche nach einer erfahrenen Person, die die Kommunikationstätigkeiten in Solidar leistet und koordiniert. Der/die erfolgreiche Kandidat/in soll eine umfassende Kenntnis von Fragen internationaler Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit im Zusammenhang mit den Arbeitsbereichen von Solidar, ausgeprägte Kommunikationsfähigkeiten, einschließlich der Fähigkeit, die Presse geeignet zu informieren, haben. Fließende Sprach- und Schriftkenntnisse in Englisch und Französisch sind unabdingbar. Weitere europäische Sprachen wären von Vorteil.

Fristende für Bewerbungen:

Freitag, 04. Januar 2008. Interviews finden in der Woche ab dem **14. Januar statt.**

Weitere Einzelheiten und das Bewerbungsformular finden Sie auf ihrer Website:

http://www.solidar.org/Page_Generale.asp?DocID=13970&la=1&langue=EN

¹⁾ Solidar ist ein Netzwerk von NGOs für Soziales und wirtschaftliche Gerechtigkeit, die sich für Entwicklung und humanitäre Hilfe, Sozialpolitik, Versorgung mit Sozialleistungen, Migration und lebenslanges Lernen engagieren